

### **Westphal zu Gefängnis verurteilt**

**Berlin** (DNA). Der erste Vorsitzende der sozialistischen Jugendorganisation „Falken“, Heinz Westphal, wurde gestern vom Schnellgericht Mitte im russischen Sektor wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte muß die Kosten des Verfahrens tragen. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Meerbach, daß der Erregungszustand des Angeklagten und seine Jugend als „strafmildernde“ Umstände berücksichtigt worden seien. Das Gericht lehnte wegen Fluchtverdacht einen Antrag der Verteidigung ab, nach dem Westphal auf Ehrenwort freigelassen werden sollte.

In der Anklageschrift wurde Westphal der körperlichen Mißhandlung beschuldigt. Auch habe er den Kriminalbeamten bei der Ausübung ihres Dienstes gewaltsam Widerstand geleistet und während des Transportes zum Gefängnis eine Scheibe des Autos zerschlagen. Westphal sagte aus, daß er sich nicht erinnern könne, bei seiner Festnahme den Hinweis „Wir sind von der Kriminalpolizei“ oder „Sie sind festgenommen“ gehört zu haben. Er habe geglaubt überfallen worden zu sein, als man ihn plötzlich von hinten festgehalten und ihm eine Kette um die rechte Hand gelegt habe. Auf der Fahrt zum Polizeigefängnis habe einer seiner Begleiter eine Pistole gezogen und ihn mit dem Kolben an der Schläfe verletzt; diese war noch am Verhandlungstage blutunterlaufen.

Obwohl die ersten drei Zeugen bei der Vernehmung ihre Strafanträge wegen Körperverletzung zurückzogen, wurde ein Antrag der Verteidigung, das Verfahren einzustellen, ebenso abgelehnt wie der Antrag, bei der Handlung Westphals auf Notwehr zu erkennen. Die Verteidigung stellte in ihrem Plädoyer fest, daß das Einschreiten der Kriminalpolizei gegen die Strafprozeßverordnung verstoße. Ein Zwischenruf sei auf keinen Fall als „provokatorischer Zwischenfall“ anzusehen. „Es ist nicht Aufgabe der Kriminalpolizei, innerhalb des Gerichtssaales jemand festzunehmen, denn das bedeutet zweifellos ein Eingreifen in das Recht des Vorsitzenden.“ Es sei das Recht jedes Staatsbürgers, Rechtswidrigkeiten zu rügen, auch wenn sie sich im Gerichtssaal ereignen.

### **„Drei Namen für Tausende“**

**Berlin** (Privatmeldung). „Es ist unmöglich, die Namen all derer zu nennen, die in den Konzentrationslagern der Ostzone schmachten“, sagte der Vorsitzende des Landesjugendringes Berlin, Heinz Baer, gestern vor 2000 Zuhörern in der Protestkundgebung gegen die Verurteilung Jürgen Gerulls, Werner Wilkes und gegen die Verhaftung Heinz Westphals in der „Neuen Welt“ in der Hasenheide. „Wenn wir die Namen von Wolfgang Hansske, von Jürgen Gerull und von Werner Wilke nennen, so gelten diese Namen für Hunderttausende.“ Der Sprecher der sozialistischen Jugendorganisation „Falken“ gab bekannt, man habe beschlossen, die kommunistische FDJ, die an der Verhaftung Heinz Westphals beteiligt war, in Zukunft als verbrecherische Organisation zu betrachten. Den russischen Außenminister Wyschinskij hätten die „Falken“ gebeten, endlich für Recht und Sicherheit in der Ostzone und im Ostsektor Berlins zu sorgen. „Diese Bitte ist erfolglos geblieben“, sagte der Sprecher. „Wir werden aber nicht länger dulden, daß in Berlin Menschen auf offener Straße blutig geschlagen, geknebelt und entführt werden.“

Ein Vertreter der Studentenschaft forderte, daß „den Hunderttausenden in den Kerkern und Konzentrationslagern endlich geholfen“ werde. Berlin habe die Ketten der Blockade gesprengt, sagte Oberbürgermeister Reuter. „Wir werden eines Tages auch die Handschellen sprengen, mit denen man Jürgen Gerull und Werner Wilke fesselte, und werden diese Handschellen den Leuten anlegen, die für das Terrorurteil gegen diese beiden jungen Menschen verantwortlich sind. Die Welt muß uns aber zu Hilfe kommen“, rief Oberbürgermeister Reuter, „denn wir führen diesen Kampf der Freiheit nicht nur für uns, sondern für ganz Europa.“

## **Erhard vor der Berliner Wirtschaft**

**Berlin** (Privatmeldung). „Es ist Ihrer und unserer nicht würdig, Berlin als Almosenempfänger zu betrachten“, sagte der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Professor Erhard, am Sonnabend bei einer Veranstaltung der Notgemeinschaft der Berliner Wirtschaft. Berlin müsse produktive Hilfe erhalten, damit es aus eigener Kraft den Lebens-, aber auch den Leistungsstandard Westdeutschlands erreiche. Die Ideologie einer belagerten Festung, in der Berlin bisher gelebt habe, müsse einer wirtschaftlichen Idee weichen. Mit der Verbesserung des Lebensstandards der Berliner Bevölkerung werde mehr geändert als das Schicksal von 2 Millionen Menschen. „Man kann nur einmal ausbluten, aber nicht zweimal“, deshalb sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, etwas Entscheidendes für Berlin zu tun. Es benötige eine unmittelbare produktive Hilfe, die nicht über den Magistrat geleitet werden dürfe, da es nicht möglich sei, eine solche Unterstützung zentralistisch zu regeln. Dabei dürften nicht nur große Betriebe, die im Blickpunkt des Interesses stünden, bedacht werden, sondern man müsse auch der Mittel- und Kleinindustrie die notwendige Unterstützung zuteil werden lassen. Berlin müsse in erster Linie kurzfristige Kredite für den Handel und echtes Kapital für den Aufbau neuer Arbeitsplätze erhalten.

Dem Warenstrom aus dem Westen dürfe in Berlin kein Riegel vorgeschoben werden. Man solle das hereinlassen, was Aufnahme finde, und auf jegliche behördliche Reglementierung verzichten. Die Festlegung von Prioritäten oder Dringlichkeitsgraden durch die Bürokratie erwecke bei den Lieferanten das Gefühl der Unsicherheit und nehme ihnen jegliches Interesse an einem Warenaustausch. Wenn die Ware sich frei zwischen Westdeutschland und Berlin bewegen könne, werde in Kürze die Preisdifferenz, die bei manchen Gütern bis zu 30 Prozent betrage, verschwinden. Ein Leistungswettbewerb sei notwendig, wenn er dem einzelnen auch manche Rätsel aufgeben sollte. Das Berliner Bankensystem sei schlechter als das Westdeutschlands, da es zu zentralistisch sei und die „breite Streuung“ der Kredite verhindere. Es sei richtig, in Berlin eine Bank zu schaffen, die als zwölfte Landeszentralbank in das westdeutsche Gefüge eingebaut werden müsse. Staatsrechtliche Bedenken, die von gewisser Seite gehegt würden, könnten ohne weiteres zurückgestellt werden. In Berlin seien privatwirtschaftliche Bankenorganisationen zu errichten, die die Kredite nach kaufmännischen Grundsätzen zu verteilen hätten. Erhard will sich für die Aufwertung der Berliner Uralkonten verwenden, damit diese für produktive Zwecke benutzt werden könnten.

Im Anschluß an seine Rede vor der Notgemeinschaft der Berliner Wirtschaft in der Taberna academica hielt Professor Erhard eine Pressekonferenz ab, in der er darauf hinwies, daß einer Einigung über den Ost-West-Handel weniger der schlechte Wille der Beteiligten als die Verrechnungsschwierigkeiten im Wege stehen. Die Westmark habe sich zu einer gesunden und stabilen Währung entwickelt, die Ostmark hingegen nicht. Deshalb könne man eine feste Kursrelation zwischen beiden Währungen nicht bilden. Professor Erhard hat Berlin am Sonnabend verlassen.

(Vgl. Seite 2)

## **Erhard – Sprecher für Berlin**

Drei Tage weilte Professor Erhard in der „belagerten Festung“ Berlin; eine kurze Zeitspanne nur und doch, wie man sich überzeugen konnte, ausreichend, um ihn in großen Zügen mit den Sorgen und Nöten der hiesigen Wirtschaft, die nach seinen eigenen Worten keine echte ist, vertraut zu machen. Er hat nicht nur Ohren und Augen offen gehalten; er hat auch selbst gesprochen: vor der Wirtschaft, den Arbeitern, den Unternehmern und mit den Behörden. Und er hat auch ein wissenschaftliches Bekenntnis abgelegt. In der düsteren Atmosphäre wirtschaftlicher Bedrängnis und politischer Ungewißheit wirkten seine zuversichtlichen Ausführungen wie ein Hoffnungsstrahl.

Der Tagesspiegel  
19. Juni 1949

Wessen Berlins Wirtschaft bedarf, wurde hier zur Begrüßung des Gastes aus dem Westen unmißverständlich ausgesprochen. Es geht um dreierlei: Rohstoffe, Kredit und Aufträge. Diese Komplexe stehen in engstem ursächlichem Zusammenhang, denn mit ihrer Hilfe soll die Wirtschaft angeregt, soll Arbeit geschaffen werden, um so zugleich (infolge höheren Steueraufkommens) den öffentlichen Zuschußbedarf zu mindern. Es muß auch an Stelle von Almosen echte Wirtschaftshilfe treten; vielleicht nicht in allen Fällen, denn die politischen Schäden verlangen eine andere Behandlung als die Heilung der „normal“ ökonomischen. Auch Erhard, der gewiß nicht im Verdacht steht, der Wirtschaftsfreiheit Fesseln anlegen zu wollen, erkennt an, daß unter den gegebenen Verhältnissen in Berlin nicht alles aus eigener Initiative geschehen kann. Damit stimmt er mit Klingelhöfer überein, aber er bekannte sich mit aller Entschiedenheit zu der Ueberzeugung, daß, würde die Wirtschaft „ins kalte Wasser geworfen“, also dem freien Wettbewerb ausgesetzt werden, sie schon schwimmen werde. Entscheidend kommt es nun auf die Initialzündung an; sie muß vom Westen ausgehen, ohne sie kann die Wirtschaft Berlins nicht in Gang gebracht werden.

Erhard hat seine Absichten konkret formuliert. Die gesamte westdeutsche Wirtschaft, vor allem aber auch die öffentlichen Betriebe sollen aufgerufen werden, Aufträge nach Berlin zu vergeben. Das wird ihnen erleichtert, da im dritten Quartal der westdeutschen Wirtschaft rund 3 Milliarden Westmark für Investitionen zur Verfügung stehen. Eine Belebung der Wirtschaft muß notwendig zu einer Steigerung der städtischen Einnahmen führen; das aber ist das Ziel, damit die Subventionshilfe auf eine produktive Kreditgewährung umgestellt werden kann. Voraussetzung ist, daß das Geld- und Kreditwesen dem Westen angeglichen und die Währungseinheit hergestellt wird. Wenn kein Riegel gegen die östliche Wirtschaft notwendig ist, muß auch die Kontrolle des Ueberweisungsverkehrs fallen, denn einen Ausgleich der Zahlungs- und Handlungsbilanz kann es nicht geben, gleichviel, ob man den Verkehr kontrolliert oder nicht. Zwei private Banken sind soeben mit Zustimmung der Militärregierungen in Berlin zugelassen worden; das reicht nicht. Deshalb ist es verständlich, daß für die Investitionsaufgaben (die ja langfristig finanziert werden müssen) ein besonderes Institut errichtet werden soll, an dem sich die westdeutsche Wiederaufbaubank zunächst mit 80 Prozent beteiligen würde; ob sich hierzu gerade die Warenverrechnungsstelle bei der Berliner Zentralbank eignet, kann, da sie nur kurzfristige Geschäfte finanziert, bezweifelt werden. Indessen kommt es weniger auf die Form als darauf an, daß die notwendigen Mittel umgehend bereitgestellt werden. An der Zinshöhe des Westens wird man, nach Ansicht Erhards, festhalten müssen. Um die vielfach geschmälerete Kreditfähigkeit sowie das Fehlen der notwendigen Sicherheiten zu beheben, wäre es erforderlich, nun auch das Problem der Uraltkonten zu lösen. Es kann damit gerechnet werden, daß der Magistrat schon in Kürze den Alliierten einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten wird, denen hierüber, da es sich um eine Währungsangelegenheit handelt, die Entscheidung zusteht.

Notwendig ist es sodann, daß die Berliner Wirtschaft von ihrem um 20 bis 30 Prozent überhöhten Preisniveau herunterkommt. Das wird um so eher möglich sein, als sich Industrielle und Händler selber im Westen nach den Dingen umsehen können, die sie brauchen; die Fertigwareneinfuhr sollte den Wettbewerb anregen. Der „Lieferfurcht“ des Westens könnte durch einen Sicherheitsfonds (wohl in Analogie zu den Exportgarantien, etwa unter Heranziehung von Versicherungsunternehmen) begegnet werden, wozu Erhard auch bereit erscheint. Da es darauf ankommt, die Wirtschaft selbst darüber entscheiden zu lassen, wessen sie bedarf, hat Erhard zugesagt, daß die Berliner Wirtschaft sowohl bei der Besetzung der westlichen Fachstellen als auch bei der Zuteilung der Einfuhren im Reihenfolgeverfahren stärker berücksichtigt werden soll. Ist die Realisierung dieser Forderungen und Absichten die Voraussetzung für eine Gesundung der Wirtschaft, so müssen sich ihre Repräsentanten von der „Elendsphilosophie“ lösen und eigene Initiative und Phantasie entfalten. Das gilt für beide Sozialpartner, Unternehmer und Arbeiter, denen gleiches Recht (auch in der Organisation)

zugebilligt werden muß. Erhard hat seine Abschiedsworte an die Notgemeinschaft der Berliner Wirtschaft gerichtet. Er kam als Gast nach Berlin und kehrt als Sprecher für Berlin zurück.

### **Von der Gestapo zur NKWD**

#### **Von Dr. Rainer Hildebrand**

Zwei Namen sind jedem Gestapohäftling ein Begriff: Kriminalrat Dr. Leo Lange und „Obergruppenführer“ Müller. Die Häftlinge zitterten, wenn sie von einem der beiden zur Vernehmung geholt wurden. War der Gefangene nicht zu einem Geständnis bereit und halfen auch Bohnenkaffee und Zigarre nicht, brach Dr. Lange das in freundschaftlichem Tone geführte Verhör plötzlich mit dem an den Adjutanten gerichteten Rufe ab: „Mein Handwerkszeug.“ Auf einem blitzblanken Tablett – wie für eine Operation – brachte ein SS-Mann raffinierteste metallene Vorrichtungen zum Zwicken und Stechen, Daumenschrauben und Gummischläger; im ganzen mindestens zehn Instrumente. Kurze Zeit wartete Lange noch, ehe er sich das geeignetste Instrument nach gewissenhafter Ueberlegung aussuchte. Dann griff er zu. „Obergruppenführer“ Müller, mit dessen Höflichkeit es wenige Gestapobeamten aufnehmen konnten, zog es vor, nicht selbst zu foltern. Stattdessen ließ er dem Gefangenen die Hände auf dem Rücken zusammenbinden und ihm mittels einer an der Decke angebrachten Zugvorrichtung die Arme hochziehen. Als Rechtsanwalt Dr. Langbehn, der diese Foltermethode schweigend überstand, mit zerrissenen Schultergelenkmuskeln zur Hinrichtung geführt wurde, konnte ein Wachmann mit Recht sagen: „An Langbehn ist nicht mehr viel zu töten, das hat Müller schon getan.“ In den letzten Kriegstagen, als sich Kaltenbrunner „abgesetzt“ hatte, war Müller de facto Chef der Gestapo. Auf seinen Befehl wurden in den Nächten vom 21. bis zum 24. April sämtliche Insassen der Prinz-Albrecht-Straße und 18 Gefangene des Gefängnisses in der Lehrter Straße – unter ihnen Alfred Haushofer, Klaus Bonnhöffer, Baron von Guttenberg und Graf Bernstorff – durch Rollkommandos getötet.

Zwei Monate nach Kriegsende kamen alliierte Streifen zu der Ueberzeugung, daß sich Müller in der Nähe der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze aufhalte; eines seiner Quartiere, in dem für ihn ein Mittagessen bereitstand, wurde ausfindig gemacht. Aber Müller erschien nicht. Und dann verlor sich die Spur. Noch zwei Monate später wurde Lange als Mitarbeiter in einer Berliner NKWD-Dienststelle in der Linienstraße entdeckt. Dr. Lange hatte den Zeugen, einen ehemals von ihm Gepeinigten, glücklicherweise nicht erkannt. Offenbar nahmen von Langes Tätigkeit auch westalliierte Dienststellen Kenntnis, denn auf einer Außenministerkonferenz im Jahre 1947 wurde auch Langes Tätigkeit bei der NKWD erwähnt. Daraufhin verschwand Lange, und Angehörige der Widerstandsbewegung wurden seinetwegen verhört. Zweifelsohne wollte die NKWD damit vortäuschen, daß sie gegen ihn ein Verfahren eingeleitet habe. Im Januar 1949 tauchte Lange im Karlsbader Hotel Imperial auf, dem Treffpunkt maßgebender Funktionäre des Kominform. Nach Feststellungen der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ hielt sich der ehemalige Obergruppenführer Müller im selben Monat in einer NKWD-Agenten-Schule in Mährisch-Ostrau auf.

Um welchen Preis mögen sich Müller und Lange diese „Gunst“ erkaufte haben, während kleine Pgs und Demokraten zu Zehntausenden hinter Stacheldraht verhungern müssen? Sicher können die beiden Tempelhüter Hitlers wertvolle Hinweise auf das Netz der ausländischen Hitleragenten und dessen Nutzungsmöglichkeiten geben, aber auch ihre Fähigkeiten in der „Behandlung“ wahrer Demokraten wird man zu schätzen wissen.

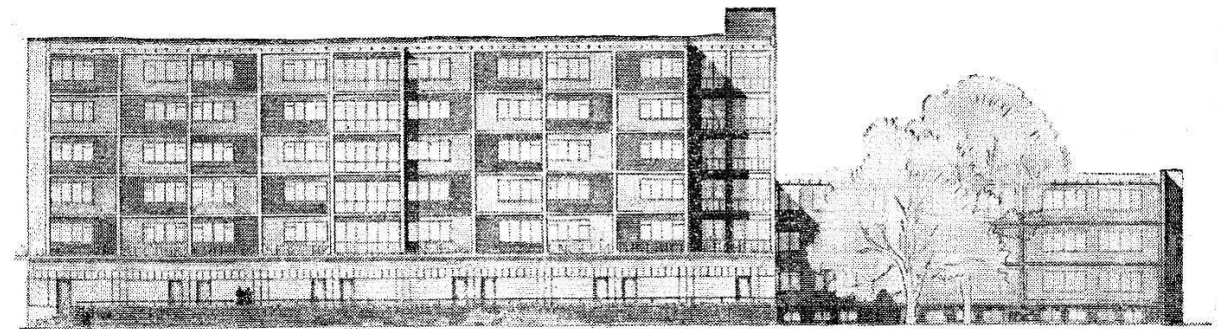
### **Der Dank des „Vaterlandes der Werktätigen“**

**Zürich** (Südenu). Mit der Verfehlung des ungarischen Kommunistenführers Rajk beschäftigt sich die Züricher, „Tat“. „Der Ton der parteioffiziellen Verlautbarung über den Fall Rajk läßt

Der Tagesspiegel  
19. Juni 1949

nicht daran zweifeln, daß es dem erst vierzigjährigen ungarischen Berufsrevolutionär nicht so glimpflich ergehen wird, wie dem Polen Gomulka und dem Bulgaren Kostoff, die ebenfalls vom Gipfel der Parteihierarchie abgestürzt, aber bisher jedenfalls noch als irrende rote Schafe und nicht als verkleidete weiße Wölfe behandelt worden sind. Politische „Irrtümer“ können zur Not noch durch bloße Degradation gesühnt werden. Auf „Trotzkismus“ stehen andere Strafen. Niemand weiß das besser, als Rajk selber, der fast zwei Jahre lang als ungarischer Innenminister und Polizeigewaltiger getreulich den Auftrag erfüllte, der antikommunistischen Mehrheit des ungarischen Parlaments und der ungarischen Verwaltung durch Entdeckungen von „Verschwörungen“ und „Spionagezentren“ das Rückgrat zu brechen. Nun ist er ein Opfer der Waffen geworden, die er selbst geschärft hat. Nicht nur die Revolution von unten, sondern auch die Pseudorevolution von oben frißt ihre eigenen Kinder: der Säuberer wird schließlich – wie das Schicksal der russischen GPU-Gewaltigen Jagoda und Jeschow beweist – selber gesäubert.“

**Das Wohnhotel in Bonn / Architekt Professor Max Taut**



Fassade des Wohnhotels, von der Straße aus gesehen. Im Erdgeschoß zehn Läden, dahinter ein Restaurant und ein Café mit Terrassen zum Garten. Ueber dem Erdgeschoß vier gleiche Stockwerke mit Einzimmer-Wohnungen zu beiden Seiten eines Flures, und ein fünftes Geschoß, das auf der Gartenseite eine Dachterrasse hat. Die farbig verputzte Fassade ist in jedem Rechteck anders getönt.

Der Tagesspiegel  
19. Juni 1949

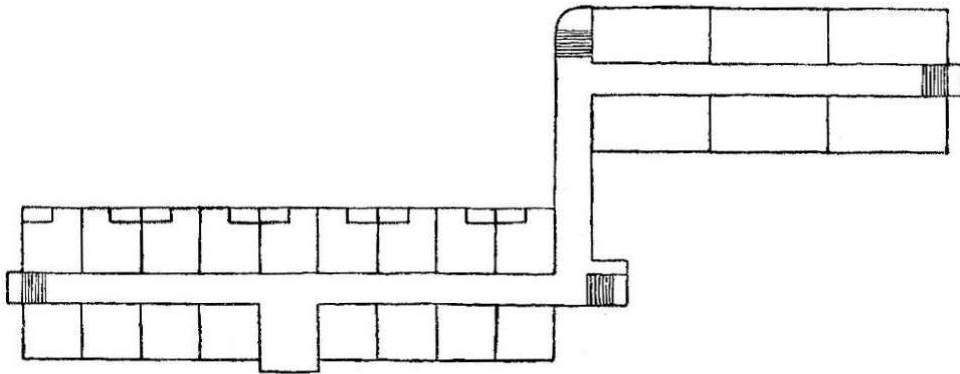
Nach Plänen von Professor Max Taut soll in den nächsten Monaten am Rande der Stadt Bonn eine Wohnsiedlung für die Mitarbeiter der neuen Bundesregierung errichtet werden. Sie wird aus Einzel- und Reihenhäusern für Familien bestehen; für Einzelpersonen ist ein fünfstöckiges Gebäude vorgesehen, das man wohl am richtigsten als Wohnhotel bezeichnet. An diesem Haus wird bereits gebaut. Der Plan sieht folgendermaßen aus: im Haupttrakt liegen 76 Einzimmer-Wohnungen und in einem Seitenflügel 18 Zweizimmer-Wohnungen. Für die Einzimmer-Wohnungen gibt es zwei Typen: einen, dessen Fenster zur Straße gehen, mit rund 18 Quadratmeter Grundfläche, und einen anderen mit einer kleinen Loggia zur Gartenseite von 22 Quadratmeter Grundfläche. Jede Wohnung hat eine kleine Garderobe, einen Waschraum mit WC und den Hauptraum, in dem der Kochplatz und die Bettische durch Vorhänge abgetrennt werden können. Ein großer Kleiderschrank ist eingebaut. Alle Wohnungen liegen zu beiden Seiten eines langen Flures, der sich in der Mitte zu einer Art Halle erweitert. Sie ist mit Sesseln ausgestattet, damit die Bewohner nicht jeden Besucher in ihrem Zimmer empfangen müssen. Die Zweizimmer-Wohnungen im Seitenflügel haben rund 37 Quadratmeter Grundfläche, die aufgeteilt sind in Flur, Abstellraum, Dusche und WC, Wohnraum und Schlafräum; die Küche ist, wie in den anderen Wohnungen, durch einen Vorhang vom Hauptraum getrennt. Im Keller dieses Flügels sind acht Bäder untergebracht, die allen Bewohnern zur Verfügung stehen. Außerdem gibt es hier acht Waschküchen und einen Heißmangelraum. Auch das Büro für die gesamte Siedlung ist in diesem Teil.

Im Erdgeschoß des Hauptgebäudes liegen Läden, ein Café und ein Restaurant, in dem sich die Bewohner des Hauses völlig verpflegen lassen können. Der Keller nimmt die Küche, die Wirtschafts- und Lagerräume sowie die Heizzentrale auf.

Die tragenden Wände dieses Wohnhotels werden aus Schüttbeton, die Decken als Massivdecken aus Stahlbeton, die Fensterwände aus Bimsbeton hergestellt. Die Fenster haben nicht Holz-, sondern Stahlrahmen. Die Fassade wird in mehreren Farben verputzt.

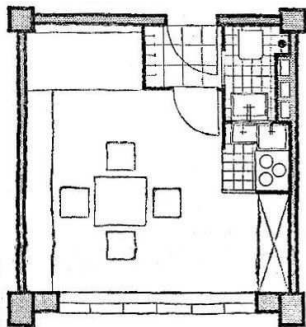
**Geyer**

Der Tagesspiegel  
19. Juni 1949

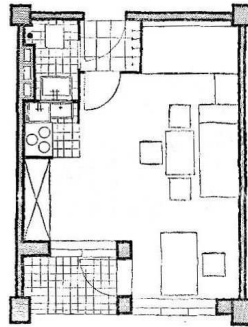


Zeichnungen aus dem Atelier Professor Max Taut, Leiter der Abteilung Architektur der Hochschule für bildende Künste, Berlin.

Grundrißschema eines Stockwerkes. Zur Straße liegen die etwas kleineren, zum Garten die größeren Wohnungen mit Loggia. Eine Treppe an jedem Ende des Flures; in der Mitte ein offener Aufenthaltsraum mit großen Fenstern, durch die der Flur gutes Licht erhält. Zum Seitenflügel (oben) führt ein verglaster Gang.



Wohnung mit 17,80 Quadratmetern, zur Straße liegend. Vom Gang tritt man in eine kleine Garderobe, von dort ist der Wachaum mit WC zugänglich. Im Hauptraum Kochplatz mit elektrischem Herd und Ventilationsschacht.



Links: Wohnung mit 22 Quadratmetern, einschließlich Loggia zum Garten. Die Einrichtungen sind die gleichen wie bei der kleineren Wohnung an der anderen Seite des Ganges. – Oben: Zweizimmer-Wohnung im Seitenflügel mit 36,80 Quadratmetern. Die Garderobe ist hier zu einem kleinen Flur mit eingebautem Schrank erweitert. Im Waschraum eine Dusche. Küche durch Vorhang von dem Wohnzimmer abgetrennt.

